

**Antrag 108/I/2020**

ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Abkehr vom Fallpauschalensystem einleiten**

1 Gesundheit gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Auf-  
 2 gabe der Krankenhäuser ist die Sicherstellung dieses  
 3 staatlichen Versorgungsauftrags.

4

5 Hierzu müssen Krankenhäuser

- 6 • eine *auskömmliche Finanzierung* erhalten,
- 7 • die eine *sparsame Bewirtschaftung* sicherstellt,
- 8 • gleichzeitig aber *gute Qualität* sowie
- 9 • *gute Arbeitsbedingungen und Löhne* für die Beschäf-  
 10 tigten garantiert.

11

12 Dieses Spannungsfeld ist nicht einfach zu lösen.

13

14 Die Diskussion, wie eine auskömmliche Krankenhausfi-  
 15 nanzierung gelingen und Fehlanreize des Fallpauschalen-  
 16 systems verhindert werden können, muss durch die SPD  
 17 vorangetrieben werden. Hierbei kann es nicht darum ge-  
 18 hen, weitere Korrekturen am System vorzunehmen. Die  
 19 Fehlanreize des Systems können nur durch eine Abkehr  
 20 vom System erreicht werden.

21

22 Bei der Entwicklung eines Alternativsystems sollen für uns  
 23 folgende Grundsätze gelten:

- 24 • Es gilt die Wettbewerbsorientierung zurückzudrän-  
 25 gen, ohne sämtliche Wirtschaftlichkeit aufzugeben.  
 26 Die gesetzliche Krankenversicherung finanziert sich  
 27 aus Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder. Schon des-  
 28 wegen ist mit diesen Mitteln wirtschaftlich um-  
 29 zugehen. Dies steht jedoch nicht im Widerspruch  
 30 zu bedarfsgerechten Investitionen in unserem Ge-  
 31 sundheitswesen.
- 32 • Kein Krankenhaus ist wie das andere. Jedes Kranken-  
 33 haus muss die Mittel erhalten, die zu dem spezifi-  
 34 schen Versorgungsauftrag des Krankenhauses pas-  
 35 sen. Das Budget muss sicherstellen, dass der Versor-  
 36 gungsauftrag umgesetzt werden kann. Hierbei sind  
 37 die Versorgungslage in der Region und besondere  
 38 Patientengruppen zu berücksichtigen.
- 39 • Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif. Ein Kran-  
 40 kenhaussystem, das die beste Versorgungsqualität  
 41 bietet, das Personal anständig bezahlt und individu-  
 42 ell auf die Patientinnen und Patienten eingeht, kos-  
 43 tet Geld. Bei dieser zentralen staatlichen Aufgabe,  
 44 müssen Steuermittel des Bundes eingesetzt wer-  
 45 den.
- 46 • Lehren aus der Pandemie: Für Krankenhäuser müs-  
 47 sen Vorhaltekosten finanziert werden, damit im

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 48 Ernstfall ausreichend Ressourcen zur Verfügung ste-  
49 hen.
- 50 • Krankenhäuser sind kein Ort für Profite. Das eini-  
51 ge Krankenhausketten riesige Summen an Aktio-  
52 näre ausschütten, ist nicht akzeptabel. Kranken-  
53 häuser müssen sich grundsätzlich am Gemeinwohl  
54 und nicht ökonomischen Interessen ausrichten. Wir  
55 überprüfen daher Lösungen wie Profitdeckelung  
56 und Vorgaben hinsichtlich der Trägerschaften bzw.  
57 Betriebsformen von Krankenhäusern.
  - 58 • Kurzfristig ist das Fallpauschalensystem für Kinder  
59 und Jugendliche auszusetzen, um die systemati-  
60 sche Unterfinanzierung dieser Gruppe und daraus  
61 folgenden Fehlanreizen abzustellen. Kinder und Ju-  
62 gendliche benötigen eine hoch individualisierte me-  
63 dizinische Behandlung und besondere persönliche  
64 Zuwendung durch Pflegekräfte und Ärzte. Tatsäch-  
65 lich decken die diagnosebezogenen Fallpauschalen  
66 (DRG) bei geringen Fallzahlen in den Krankenhäu-  
67 sern, wie sie in der Fläche in der Kinder- und Jugend-  
68 medizin auftreten, die Vorhaltekosten bei weitem  
69 nicht ab.  
70